



Michael Dauderstädt

# Ungleichheit in Europa

Die Folgen von Pandemie und Krieg

**EUROPA**

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

## EUROPA

### Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger\*innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Diese Fragen verfolgt die Friedrich-Ebert-Stiftung im Thema »Politik für Europa«. Wir wollen zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger\*innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger\*innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

[www.fes.de/de/politik-fuer-europa](http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa)

### Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

### Über den Autor

**Dr. Michael Dauderstädt** ist freier Berater und Kommentator; bis 2013 war er Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Michael Dauderstädt**

# Ungleichheit in Europa

Die Folgen von Pandemie und Krieg

|          |                                                                                   |           |
|----------|-----------------------------------------------------------------------------------|-----------|
|          | <b>ZUSAMMENFASSUNG</b>                                                            | <b>2</b>  |
|          | <b>EINLEITUNG</b>                                                                 | <b>3</b>  |
| <b>1</b> | <b>PANDEMIE UND UNGLEICHHEIT</b>                                                  | <b>4</b>  |
|          | 1.1 Das Drama des europäischen Südens .....                                       | 4         |
|          | 1.2 Höhere Armutsrisiken trotz wirksamer<br>staatlicher Schutzmaßnahmen .....     | 6         |
|          | 1.3 Stagnierende EU-weite Ungleichheit .....                                      | 10        |
| <b>2</b> | <b>NACH DER PANDEMIE: UKRAINEKRIEG,<br/>ENERGIEKRISE, INFLATION</b>               | <b>15</b> |
|          | 2.1 Inflationärer Osten.....                                                      | 15        |
|          | 2.2 Zunehmende innerstaatliche Ungleichheit wegen<br>sinkender Realeinkommen..... | 17        |
|          | 2.3 Inflationäres Peripheriewachstum senkt<br>EU-weite Ungleichheit.....          | 18        |
| <b>3</b> | <b>RÜCKBLICK UND AUSBLICK</b>                                                     | <b>20</b> |
|          | Referenzen.....                                                                   | 21        |

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Corona-Pandemie und die jüngsten Krisen (Ukrainekrieg, Energiekrise, Inflation) haben sich auf die Einkommensverteilung in der EU unterschiedlich ausgewirkt. Die Pandemie hat die stärker vom Tourismus abhängige südliche Peripherie härter getroffen, die aktuelle Krise eher die mittelosteuropäischen Länder, in denen die Inflation deutlich höher lag. Im Ergebnis hat sich dank des höheren Wachstums in den ärmeren EU-Ländern die zwischenstaatliche Verteilung jedoch eher verbessert. Innerhalb der Länder haben staatliche Schutzmaßnahmen die Auswirkungen der beiden Krisen abgeschwächt. In der Pandemie gelang das halbwegs. Für die aktuelle Krise steht der Befund noch aus, aber die Inflation dürfte die Realeinkommen der ärmeren Bevölkerungsteile hart getroffen haben. Für die EU-weite Ungleichheit ergibt sich in der Pandemie ein Stopp der seit 2015 zu beobachtenden Einkommenskonvergenz, während die Inflation 2022 die nominale Konvergenz eher beschleunigt haben dürfte.



# EINLEITUNG

Die Corona-Krise ist weitgehend überwunden, doch schon drängen die nächsten Krisen ins Europäische Haus: Ukraine-krieg, Energieknappheit, Inflation. Die vorliegende Analyse konzentriert sich zunächst auf die Folgen der Corona-Krise auf die Einkommensverteilung in Europa. Dabei stützt sie sich auf belastbare Daten aus den Haushaltsbefragungen (EU SILC = Statistics of Income and Living Conditions) für das Jahr 2021, dem zweiten Jahr der Pandemie, die mittlerweile vorliegen.<sup>1</sup> Im zweiten Teil der Analyse wird versucht, die Folgen des Krieges (Inflation, Energiekrise) auf die Einkommensverteilung in Europa abzuschätzen, wobei die entsprechenden Daten aus EU-SILC für 2022 hier nicht als Grundlage dienen können, da diese erst im Herbst 2023 vorliegen werden.

Drei Dimensionen der Ungleichheit von Einkommen sind zu unterscheiden:

1. Die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU);
2. Die Ungleichheit innerhalb der Länder;
3. Die Ungleichheit zwischen allen Menschen in der EU, die sich als Kombination der beiden vorherigen Ungleichheiten ergibt.<sup>2</sup>

Zunächst sind die beiden zentralen Begriffe dieser Analyse, Einkommen und Ungleichheit, etwas näher zu klären.

Als Einkommen zählt hier nur das Geldeinkommen von Haushalten oder Personen. Andere empfangene Leistungen wie etwa kostenlose Bildung, Gesundheitsvorsorge oder Sicherheit werden nicht berücksichtigt. Beim Vergleich von Geldeinkommen, vor allem zwischen Ländern, die obendrein noch unterschiedliche Währungen haben können, lässt sich das Einkommen mit der Kaufkraft gewichten. In ärmeren Ländern der EU ist die Kaufkraft des gleichen Geldbetrags höher als in reicheren Ländern, da viele Güter billiger sind (vor allem Mieten und Dienstleistungen). Daher ergeben sich beim Vergleich zu Kaufkraftstandards geringere Einkommensunterschiede als beim Vergleich zu Wechselkursen.

Darüber hinaus sind unterschiedliche Einkommensdefinitionen zu unterscheiden. Beim Vergleich von Ländern wird meist das Bruttoinlandsprodukt (BIP, auch pro Kopf) genutzt, das der Wertschöpfung auf dem Gebiet des Landes entspricht. Allerdings kommt diese Wertschöpfung eventuell nicht den Bürger\*innen des Landes zugute, sondern ausländischen Kapitaleignern oder Beschäftigten. Das Bruttonationaleinkommen (BNE) korrigiert das BIP um ans Ausland gehende und aus dem Ausland bezogene Einkommen. Der Unterschied zwischen BIP und BNE ist für die EU als Ganzes und bei vielen großen Ländern (z. B. Deutschland, Italien, Frankreich oder Spanien) relativ gering, bei anderen Ländern jedoch erheblich, worauf im Verlauf der Analyse näher eingegangen wird. Die Einkommensdaten von EU-SILC verwenden einen nochmals modifizierten Einkommensbegriff, nämlich das verfügbare Einkommen, das zudem mit der Haushaltsgröße gewichtet ist (Äquivalenzeinkommen).

Die Ungleichheit von Einkommen lässt sich mit verschiedenen Indikatoren messen, die unterschiedliche Werte und Interessen berücksichtigen. Der in der vorliegenden Analyse am meisten genutzte Indikator ist das Quintilverhältnis (auch S80/S20-Quote genannt), welches das Verhältnis des Einkommens des reichsten Fünftels der Bevölkerung zum Einkommen des ärmsten Fünftels angibt. Es ist somit ein Maß der relativen Ungleichheit im Gegensatz etwa zum Abstand oder der Standardabweichung zwischen diesen Einkommen, welche die absolute Ungleichheit messen. Bei dynamischer Betrachtung zur Entwicklung der Ungleichheit kann es sein, dass die relative Ungleichheit abnimmt, die absolute aber noch steigt. Man spricht dann von Beta-Konvergenz (wenn sich die Einkommen relativ annähern) oder Sigma-Konvergenz (wenn sie sich absolut annähern, also die Standardabweichung, gern mit einem Sigma  $\Sigma$  symbolisiert, sinkt).<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Die letzten Analysen des Autors (Dauderstädt 2021b und 2022) mussten die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Einkommensverteilung noch abschätzen, wie es hier im zweiten Teil der Analyse auch für die Folgen des Krieges versucht wird.

<sup>2</sup> Entsprechend der von Milanovic (2005) eingeführten Konzepte zur Messung internationaler Ungleichheit. Siehe auch Ferreira (2021).

---

<sup>3</sup> Zu den unterschiedlichen Metriken und ihren Vor- und Nachteilen siehe auch Ferreira (2021).

## 1

# PANDEMIE UND UNGLEICHHEIT

Gut zwei Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie – nach einem ersten Jahr (2020) mit Lockdowns, massiven Einbrüchen bei Produktion, Konsum und Beschäftigung in spezifischen Sektoren und einem zweiten (2021) mit vorsichtigen Fortschritten (Impfung) und Lockerungen – kann man sie jetzt als weitgehend überwunden betrachten. Ihre Auswirkungen auf die Europäische Einkommensverteilung waren zwar spürbar, aber letztlich weniger dramatisch als befürchtet – dank massiver politischer Gegensteuerung.

## 1.1 DAS DRAMA DES EUROPÄISCHEN SÜDENS

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung der Verteilung der durchschnittlichen Einkommen zwischen den EU-Mitgliedstaaten während der Pandemie betrachtet, wobei die Verteilung innerhalb der Länder ausgeblendet bleibt. Die EU weist spätestens seit dem Beitritt Irlands 1972 zur damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hohe Einkommensunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auf. Tabelle 1 zeigt die Pro-Kopf-Einkommen (in unterschiedlicher Definition) 2021 nach Größe aufsteigend sowie die pandemiebedingte Veränderung des BIP/Kopf zwischen 2019 und 2021.

Die Tabelle zeigt die hohen Einkommensunterschiede zwischen den reichen und ärmeren EU-Mitgliedstaaten. Wie die vorletzte Zeile (Max/Min) zeigt, ist das Durchschnittseinkommen des in BIP/Kopf gemessenen reichsten Landes (Luxemburg) zehnmal so hoch wie das des ärmsten (Bulgarien). Legt man andere Einkommensdefinitionen zugrunde, so verbessert sich das Bild: Die verfügbaren Äquivalenzeinkommen Luxemburgs sind »nur« noch knapp neunmal so hoch wie die Rumäniens. Noch mehr sinkt die Ungleichheit, nämlich auf etwa das Dreifache, wenn man die Einkommen in Kaufkraftstärken vergleicht. Andere Indikatoren zeigen das gleiche Ergebnis: Die Standardabweichung bzw. der Variationskoeffizient (= Standardabweichung geteilt durch den Mittelwert) ist für das BIP/Kopf in Euro am höchsten und für die an der Kaufkraftstärke gemessenen Einkommen deutlich niedriger.

Ein Vergleich der Einkommen zu Wechselkursen und Kaufkraftstärken zeigt, dass im oberen Bereich der Tabelle, wo sich die ärmeren Länder befinden, die mit ihrer Kaufkraft bewerteten Einkommen deutlich höher liegen. An der Grenze liegt Italien, für das die beiden Werte nahezu gleich sind. Für die zehn reicheren Länder fallen die mit ihrer Kaufkraft

bewerteten Einkommen dagegen niedriger aus. Zusätzlich wirkt sich beim Vergleich der Einkommen zwischen BIP und BNE aus, dass einige Länder ein Nationaleinkommen haben, dass stark unter ihrem BIP liegt. Das trifft vor allem auf Irland und Luxemburg (sowie Zypern) zu, deren BIP zu 24 Prozent (Irland) bzw. 30 Prozent (Luxemburg) an ausländische Empfänger geht, oft an fremde Unternehmen, die ihre Gewinne in diese Steueroasen verschieben, wo sie zum BIP, aber nicht zum BNE zählen. Am Ranking der Länder ändert sich hingegen kaum etwas: Irland und Luxemburg behalten ihre Spitzenplätze, Zypern fällt zwei Plätze zurück.

Wie hat sich die Pandemie auf diese sehr unterschiedlichen Einkommen ausgewirkt? In den Wachstumsraten zwischen 2019 und 2021 sind gewaltige Unterschiede zu beobachten. Tatsächlich liegt der Variationskoeffizient bei den Wachstumsraten noch höher als beim BIP zu Wechselkursen (wo die Ungleichheit zwischen den Einkommen am höchsten ist). Einige Länder weisen zwischen 2019 und 2021 zweistellige Wachstumsraten auf, so unter den armen Ländern die baltischen Staaten und Bulgarien (das ärmste Land) sowie unter den reicheren EU-Mitgliedstaaten die beiden reichsten (Irland und Luxemburg) sowie Dänemark. Das Wachstum während der Corona-Krise korrelierte also nicht eng mit dem Pro-Kopf-Einkommen. Die größten Verlierer waren Spanien, Portugal, Griechenland mit einstelligen Schrumpfraten (in Tabelle 1 rot markiert) sowie Italien, das gerade mal ein Wachstum von 0,23 Prozent erreichte. Die Ursachen liegen vor allem in der hohen Abhängigkeit dieser Volkswirtschaften vom Tourismus, der in der Pandemie fast vollständig einbrach (Dauderstädt 2022).

Daher bietet sich eine andere Perspektive an, um die Entwicklung der nationalen Durchschnittseinkommen zu charakterisieren. Dazu kann man die EU in drei Großregionen aufteilen, die sich geografisch, historisch und ökonomisch unterscheiden: den alten, reichen, nordwestlichen Kern der EU mit einem durchschnittlichen BIP/Kopf um 40.000 Euro, die etwas ärmeren Mittelmeerländer an der Peripherie im Süden (um 25.000 Euro) sowie die meist noch ärmeren Staaten Mittel- und Südosteuropas im Osten (um 15.000 Euro), die nach 2004 der EU beitraten.

Unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie (zwischen 2019 und 2020) ging das durchschnittliche BIP pro Kopf in Südeuropa um 8,5 Prozent zurück, verglichen mit einem Rückgang von 2,2 Prozent in Mittel- und Osteuropa (MOE) und 2,7 Pro-

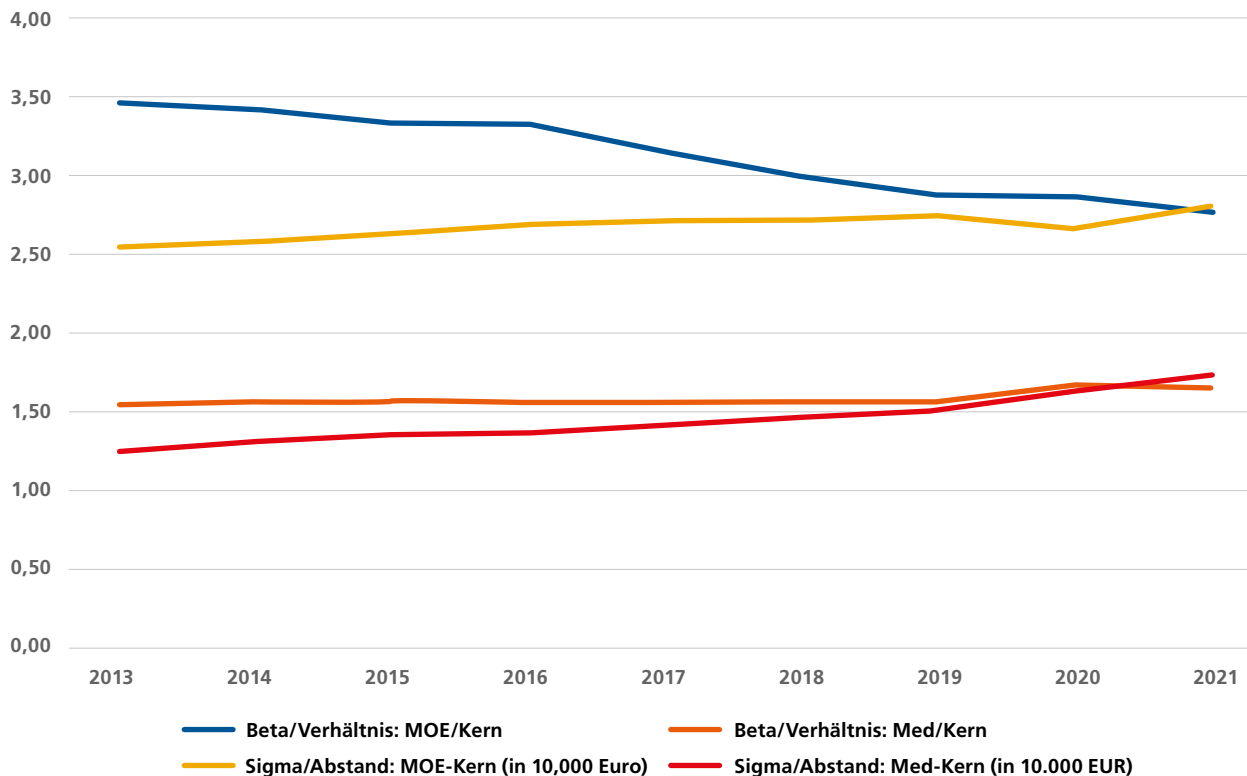
Tabelle 1

**Pro-Kopf-Einkommen der EU-Mitgliedstaaten 2021 und Veränderung gegenüber 2019** (in Euro bzw. Prozent)

|                              | BIP/Kopf | BIP/Kopf            | BNE/Kopf in KKS | Äquivalenzeinkommen 2021 |        |
|------------------------------|----------|---------------------|-----------------|--------------------------|--------|
|                              | 2021     | Veränderung 2019–21 | 2021            | Euro                     | KKS    |
| <b>Bulgarien</b>             | 10.334   | 17,11 %             | 10.000          | 6.730                    | 12.234 |
| <b>Rumänien</b>              | 12.560   | 8,54 %              | 12.400          | 5.426                    | 9.773  |
| <b>Kroatien</b>              | 14.719   | 7,59 %              | 15.100          | 8.859                    | 12.511 |
| <b>Polen</b>                 | 15.227   | 8,56 %              | 14.500          | 9.158                    | 15.310 |
| <b>Ungarn</b>                | 15.835   | 5,60 %              | 15.300          | 7.333                    | 11.058 |
| <b>Griechenland</b>          | 17.073   | –0,17 %             | 16.900          | 9.951                    | 11.276 |
| <b>Lettland</b>              | 17.881   | 11,54 %             | 17.900          | 11.233                   | 14.253 |
| <b>Slowakei</b>              | 18.087   | 4,46 %              | 17.900          | 8.796                    | 9.784  |
| <b>Litauen</b>               | 20.058   | 14,59 %             | 19.200          | 11.881                   | 16.885 |
| <b>Portugal</b>              | 20.772   | –0,33 %             | 20.600          | 13.100                   | 14.654 |
| <b>Tschechien</b>            | 22.677   | 7,27 %              | 21.300          | 12.023                   | 15.632 |
| <b>Estland</b>               | 23.626   | 12,91 %             | 22.200          | 14.207                   | 16.668 |
| <b>Slowenien</b>             | 24.766   | 6,57 %              | 24.400          | 16.590                   | 18.920 |
| <b>Spanien</b>               | 25.452   | –3,68 %             | 25.600          | 18.102                   | 18.564 |
| <b>Zypern</b>                | 26.677   | 1,52 %              | 24.400          | 19.598                   | 21.534 |
| <b>Malta</b>                 | 28.894   | 2,73 %              | 26.100          | 19.785                   | 22.080 |
| <b>Italien</b>               | 30.148   | 0,23 %              | 30.700          | 20.277                   | 20.014 |
| <b>Frankreich</b>            | 36.913   | 2,05 %              | 37.700          | 25.965                   | 22.958 |
| <b>Deutschland</b>           | 43.292   | 3,57 %              | 44.800          | 29.086                   | 27.209 |
| <b>Belgien</b>               | 43.329   | 4,00 %              | 43.700          | 27.706                   | 24.320 |
| <b>Österreich</b>            | 45.350   | 1,39 %              | 45.600          | 30.019                   | 26.759 |
| <b>Finnland</b>              | 45.365   | 4,43 %              | 46.100          | 28.599                   | 22.557 |
| <b>Niederlande</b>           | 48.842   | 4,20 %              | 47.700          | 30.617                   | 26.439 |
| <b>Schweden</b>              | 51.564   | 11,15 %             | 53.100          | 27.653                   | 22.420 |
| <b>Dänemark</b>              | 57.493   | 8,00 %              | 59.500          | 35.741                   | 25.507 |
| <b>Irland</b>                | 84.695   | 17,16 %             | 64.400          | 31.821                   | 22.736 |
| <b>Luxemburg</b>             | 112.950  | 12,27 %             | 78.700          | 48.154                   | 36.422 |
| <b>Standardabweichung</b>    | 23.250   | 0,05 %              | 18.033          | 10.774                   | 6.457  |
| <b>Mittelwert</b>            | 33.873   | 0,06 %              | 31.700          | 19.571                   | 19.203 |
| <b>Variationskoeffizient</b> | 0,68     | 0,85                | 0,57            | 0,55                     | 0,33   |
| <b>Max</b>                   | 112.950  | 17,16 %             | 78.700          | 48.154                   | 36.422 |
| <b>Min</b>                   | 10.334   | –3,68 %             | 10.000          | 5.426                    | 9.773  |
| <b>Max/Min</b>               | 10,93    | –                   | 7,87            | 8,87                     | 3,73   |
| <b>Max-Min</b>               | 102.615  | 20,84 %             | 68.700          | 42.728                   | 26.649 |

Quelle: Eurostat, Ameco (für BNE) und eigene Berechnungen des Autors

Abbildung 1  
Konvergenz und Divergenz in der EU (2013–2021)



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen des Autors  
Hinweis: MOE = Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Rumänien, Bulgarien; Med = Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Zypern, Malta; Kern = Irland, Benelux, Frankreich, Deutschland, Österreich, Dänemark, Schweden, Finnland  
Beta-Indikator: Verhältnis der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen; Sigma-Indikator: Abstand der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen (in 10.000 Euro)

zent im reichen Nordwesten der EU. Im Jahr 2021 erholten sich die meisten Mitgliedstaaten schnell. So ist das BIP/Kopf letztlich während der Pandemie, also zwischen 2019 und 2021, im EU-Durchschnitt um 3,6 Prozent gestiegen, in Spanien aber immer noch um 3,7 Prozent und in Griechenland um 0,2 Prozent zurückgegangen. Betrachtet man die Ländergruppen, so sind die Volkswirtschaften Südeuropas zwischen 2019 und 2021 immer noch geschrumpft (BIP/Kopf: –1,3 Prozent), während die ärmeren MOE-Staaten um 8,4 Prozent gewachsen sind (die baltischen Staaten waren mit Raten über 12 Prozent die Spitzenreiter). Der reiche Nordwesten erzielte eine bescheidenere Wachstumsrate von 4,4 Prozent.

Wenn wir die EU als Ganzes betrachten, stieg die Varianz der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Länder, die seit 2014 (damals 0,71) gesunken war, während der Pandemie leicht von 0,65 auf 0,69, was auf eine (Sigma-)Divergenz hindeutet. Für die Konvergenz der Einkommensniveaus in der EU ist die Botschaft gemischt. Erfreulich ist das weitere relative Aufholen der ärmsten Länder. Für MOE zeigt Abbildung 1 eine Beta-Konvergenz – das Verhältnis der Durchschnittseinkommen MOE zum Kern sinkt von 3,46 im Jahr 2013 auf 2,87 im Jahr 2019 und weiter auf 2,76 im Jahr 2021 –, auch wenn die absoluten Abstände weiter zunahmen, also keine Sigma-Konvergenz – die Differenz wächst von 25.468 Euro im Jahr 2013 auf 27.386 Euro im Jahr 2019 und auf 27.989 Euro im Jahr 2021. Für die südliche Periphe-

rie nimmt dagegen das Verhältnis der Durchschnittseinkommen zum reichen Kern von 1,56 im Jahr 2019 auf 1,65 im Jahr 2021 zu (2013 noch 1,53) und der Abstand zwangsläufig auch von 15.098 Euro auf 17.275 Euro (2013 »nur« 12.419 Euro). Damit setzt die dramatische Entwicklung im Mittelmeerraum einen schon länger anhaltenden Trend fort, der in der Eurokrise begonnen hat, bzw. verstärkt ihn erneut (Dauderstädt 2021c). Die kontraproduktiven Austeritätsprogramme der Troika hatten eine vorherige Phase aufholenden Wachstums (nach der Übernahme des Euro ab 1999) abgewürgt, wovon sich die Region kaum erholt hat. Der Süden fällt in der Pandemie weiter hinter den reicheren Kern der EU zurück (weder Beta- noch Sigma-Konvergenz).

## 1.2 HÖHERE ARMUTSRISIKEN TROTZ WIRKSAMER STAATLICHER SCHUTZMASSNAHMEN

Wie hat sich die Pandemie auf die Einkommensverteilung innerhalb der Länder ausgewirkt? Die wesentlichen Folgen der Lockdowns waren sektoraler Art und trafen bestimmte Branchen wie Tourismus, Flugreisen, Restaurants, Hotels usw. In diesen Branchen litten sowohl reiche Eigentümer als auch ärmere Beschäftigte. Die Staaten antworteten jedoch mit riesigen Ausgabenprogrammen einschließlich Kurzarbeit, die einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit verhierten (Dauderstädt 2021b). Derartige Subventionen waren



Tabelle 2a

**Entwicklung der Ungleichheit in der Pandemie** (Gini-Koeffizient, 2019–2021)

| Land/Region         | Gini – Markteinkommen |      |      |           | Gini – verfügbares Einkommen |      |      |           |
|---------------------|-----------------------|------|------|-----------|------------------------------|------|------|-----------|
|                     | 2019                  | 2020 | 2021 | 2021–2019 | 2019                         | 2020 | 2021 | 2021–2019 |
| <b>EU–27</b>        | 50,2                  | 50,5 | 52,2 | 2,0       | 30,2                         | 30,0 | 30,1 | –0,1      |
| <b>Belgien</b>      | 46,2                  | 46,1 | 47,4 | 1,2       | 25,1                         | 25,4 | 24,1 | –1,0      |
| <b>Bulgarien</b>    | 54,5                  | 53,4 | 54,0 | –0,5      | 40,8                         | 40,0 | 39,7 | –1,1      |
| <b>Tschechien</b>   | 42,1                  | 42,3 | 44,1 | 2,0       | 24,0                         | 24,2 | 24,8 | 0,8       |
| <b>Dänemark</b>     | 48,6                  | 49,4 | 49,2 | 0,6       | 27,5                         | 27,3 | 27,0 | –0,5      |
| <b>Deutschland</b>  | 55,4                  | 54,9 | 56,0 | 0,6       | 29,7                         | 30,5 | 30,9 | 1,2       |
| <b>Estland</b>      | 44,5                  | 44,7 | 45,5 | 1,0       | 30,5                         | 30,5 | 30,6 | 0,1       |
| <b>Irland</b>       | 47,1                  | 47,3 | 47,9 | 0,8       | 28,3                         | 28,3 | 26,9 | –1,4      |
| <b>Griechenland</b> | 55,1                  | 53,9 | 54,1 | –1,0      | 31,0                         | 31,4 | 32,4 | 1,4       |
| <b>Spanien</b>      | 48,4                  | 46,9 | 50,1 | 1,7       | 33,0                         | 32,1 | 33,0 | 0,0       |
| <b>Frankreich</b>   | 51,0                  | 57,8 | 58,8 | 7,8       | 29,2                         | 29,2 | 29,3 | 0,1       |
| <b>Kroatien</b>     | 48,7                  | 47,2 | 48,5 | –0,2      | 29,2                         | 28,3 | 29,2 | 0,0       |
| <b>Italien</b>      | 47,9                  | 47,6 | 49,8 | 1,9       | 32,8                         | 32,5 | 32,9 | 0,1       |
| <b>Zypern</b>       | 47,4                  | 46,2 | 46,0 | –1,4      | 31,1                         | 29,3 | 29,4 | –1,7      |
| <b>Lettland</b>     | 47,7                  | 46,8 | 48,2 | 0,5       | 35,2                         | 34,5 | 35,7 | 0,5       |
| <b>Litauen</b>      | 50,3                  | 49,6 | 51,2 | 0,9       | 35,4                         | 35,1 | 35,4 | 0,0       |
| <b>Luxemburg</b>    | 52,3                  | 58,5 | 52,2 | –0,1      | 32,3                         | 31,2 | 29,6 | –2,7      |
| <b>Ungarn</b>       | 47,9                  | 44,2 | 47,4 | –0,5      | 28,0                         | 28,0 | 27,6 | –0,4      |
| <b>Malta</b>        | 42,9                  | 43,9 | 45,0 | 2,1       | 28,0                         | 30,3 | 31,2 | 3,2       |
| <b>Niederlande</b>  | 46,4                  | 47,1 | 55,8 | 9,4       | 26,8                         | 28,2 | 26,4 | –0,4      |
| <b>Österreich</b>   | 47,6                  | 46,7 | 47,5 | –0,1      | 27,5                         | 27,0 | 26,7 | –0,8      |
| <b>Polen</b>        | 46,5                  | 45,3 | 44,7 | –1,8      | 28,5                         | 27,2 | 26,8 | –1,7      |
| <b>Portugal</b>     | 55,0                  | 54,4 | 55,9 | 0,9       | 31,9                         | 31,2 | 33,0 | 1,1       |
| <b>Rumänien</b>     | 52,1                  | 50,5 | 52,3 | 0,2       | 34,8                         | 33,8 | 34,3 | –0,5      |
| <b>Slowenien</b>    | 42,7                  | 42,3 | 42,8 | 0,1       | 23,9                         | 23,5 | 23,0 | –0,9      |
| <b>Slowakei</b>     | 39,1                  | 38,1 | k.A. | –         | 22,8                         | 20,9 | k.A. | –         |
| <b>Finnland</b>     | 48,7                  | 48,9 | 49,4 | 0,7       | 26,2                         | 26,5 | 25,7 | –0,5      |
| <b>Schweden</b>     | 57,3                  | 56,0 | 56,9 | –0,4      | 27,6                         | 26,9 | 26,8 | –0,8      |

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen des Autors

umso besser vertretbar, als die Verluste durch staatliche Verbote ausgelöst wurden, die Angebot und Nachfrage gleichermaßen einschränkten (z. B. Flugreisen).

So waren die meisten Einkommen in erheblichem Umfang geschützt. Dies wird deutlich, wenn man den Gini-Koeffizienten betrachtet, ein Maß für die Ungleichheit, das von 0 (vollkommene Gleichheit) bis 100 (absolute Ungleichheit) reicht. Während im Durchschnitt aller EU-Mitgliedsstaaten der Gini-Koeffizient der Einkommen vor Sozialtransfers leicht gestiegen ist (von 50,2 im Jahr 2019 auf 52,2 im Jahr 2021), ist der (immer deutlich niedrigere) Gini-Koeffizient des verfügbaren Einkommens (der Steuern und Sozialtrans-

fers beinhaltet) sogar von 30,2 im Jahr 2019 auf 30,1 im Jahr 2021 gesunken (vgl. Tabelle 2a). Allerdings verbergen sich hinter diesem EU-Durchschnitt bemerkenswerte nationale Unterschiede. So stieg der Gini-Koeffizient der verfügbaren Einkommen, also die Ungleichheit, vor allem in Malta, Griechenland, Deutschland und Portugal um mehr als einen Punkt (in der letzten Spalte von Tabelle 2a rot hervorgehoben), während Luxemburg durch besonders erfolgreiche Umverteilung hervortritt.

Ein ähnliches Ergebnis mehrheitlich abnehmender Ungleichheit zeigt sich, wenn wir das Quintilverhältnis verwenden (S80/S20-Quote), also das Verhältnis zwischen den Ein-

Tabelle 2b

**Entwicklung der Ungleichheit (S80/S20-Quote) in der Pandemie, 2019–2021**

(geordnet nach Wert der Veränderung, letzte Spalte)

| Land/Region         | S80/S20           | Veränderungen |           |           |
|---------------------|-------------------|---------------|-----------|-----------|
|                     | 2021              | 2019–20       | 2020–2021 | 2019–2021 |
| <b>EU-27</b>        | <b>4,97</b>       | –0,1          | 0,08      | –0,02     |
| <b>Luxemburg</b>    | <b>4,6</b>        | –0,35         | –0,4      | –0,75     |
| <b>Bulgarien</b>    | <b>7,5</b>        | –0,09         | –0,56     | –0,65     |
| <b>Polen</b>        | <b>4</b>          | –0,3          | –0,05     | –0,35     |
| <b>Zypern</b>       | <b>4,2</b>        | –0,27         | –0,08     | –0,35     |
| <b>Litauen</b>      | <b>6,1</b>        | –0,3          | 0         | –0,3      |
| <b>Schweden</b>     | <b>4,1</b>        | –0,21         | –0,08     | –0,29     |
| <b>Irland</b>       | <b>3,8</b>        | 0,04          | –0,24     | –0,2      |
| <b>Belgien</b>      | <b>3,4</b>        | 0,04          | –0,23     | –0,19     |
| <b>Dänemark</b>     | <b>3,9</b>        | –0,09         | –0,07     | –0,16     |
| <b>Slowenien</b>    | <b>3,2</b>        | –0,07         | –0,08     | –0,15     |
| <b>Italien</b>      | <b>5,9</b>        | –0,26         | 0,11      | –0,15     |
| <b>Finnland</b>     | <b>3,1</b>        | 0,03          | –0,14     | –0,11     |
| <b>Österreich</b>   | <b>4,1</b>        | –0,06         | –0,03     | –0,09     |
| <b>Niederlande</b>  | <b>3,9</b>        | 0,21          | –0,27     | –0,06     |
| <b>Estland</b>      | <b>5</b>          | –0,05         | 0         | –0,05     |
| <b>Ungarn</b>       | <b>4,2</b>        | –0,07         | 0,03      | –0,04     |
| <b>Deutschland</b>  | <b>4,9</b>        | –0,02         | 0,01      | –0,01     |
| <b>Kroatien</b>     | <b>4,8</b>        | –0,15         | 0,17      | 0,02      |
| <b>Rumänien</b>     | <b>7,1</b>        | –0,46         | 0,51      | 0,05      |
| <b>Lettland</b>     | <b>6,6</b>        | –0,27         | 0,36      | 0,09      |
| <b>Tschechien</b>   | <b>3,4</b>        | 0             | 0,09      | 0,09      |
| <b>Frankreich</b>   | <b>4,4</b>        | 0,15          | 0         | 0,15      |
| <b>Spanien</b>      | <b>6,2</b>        | –0,17         | 0,42      | 0,25      |
| <b>Portugal</b>     | <b>5,7</b>        | –0,17         | 0,67      | 0,5       |
| <b>Griechenland</b> | <b>5,8</b>        | 0,12          | 0,56      | 0,68      |
| <b>Malta</b>        | <b>5</b>          | 0,51          | 0,34      | 0,85      |
| <b>Slowakei</b>     | <b>3,0 (2020)</b> | –0,31         | –         | –         |

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen des Autors

kommen des reichsten und des ärmsten Fünftels der Bevölkerung. Tabelle 2b gibt die nationalen Werte für 2021 und die Veränderungen während der Pandemie an. Die Länder sind nach der Stärke der Abnahme der Ungleichheit absteigend sortiert. Luxemburg zeigt wieder seinen Spitzenplatz, während unter den zehn EU-Mitgliedstaaten mit zunehmender Ungleichheit vor allem die Mittelmeerländer stark vertreten sind: Spanien, Portugal, Griechenland, Malta. Möglicherweise waren deren staatliche Umverteilungs- und Einkommensschutzkapazitäten durch die fiskalischen Beschränkungen infolge der Staatsschuldenpanik (»Eurokrise«) schwächer. Im EU-Durchschnitt sank die S80/S20-Quote leicht um 0,02 von 4,99 auf 4,97 (siehe oberste Zeile in Tabelle 2b).

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Verteilung der Einkommen zwischen Löhnen und Gewinnen. Die Lohnquote, also der Anteil der Lohnsumme am BIP, stieg im EU-Durchschnitt zwischen 2019 und 2020 von 55,3 auf 56,6 Prozent, fiel 2021 allerdings wieder auf 55,7 Prozent zurück. Diese Entwicklung war in allen EU-Mitgliedstaaten zu beobachten und erinnert an einen ähnlichen Verlauf während der Finanzkrise. Während in einer Rezession die Gewinne rasch einbrechen, bleiben die Löhne relativ stabil, insbesondere wenn Kurzarbeitsregelungen greifen.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Vgl. dazu etwas ausführlicher Dauderstädt (2022), dort auch Tabelle A5 im Annex.

Tabelle 3

**Vermögensverteilung als Anteil der reichsten 10 Prozent, 2019–2021**  
(nach Zuwachs geordnet – letzte Spalte)

| Jahr                | 2019    | 2020    | 2021    | 2019–2021      |
|---------------------|---------|---------|---------|----------------|
| <b>Irland</b>       | 66,25 % | 65,85 % | 66,02 % | <b>–0,23 %</b> |
| <b>Schweden</b>     | 58,96 % | 58,19 % | 58,87 % | <b>–0,09 %</b> |
| <b>Zypern</b>       | 66,45 % | 66,42 % | 66,38 % | <b>–0,07 %</b> |
| <b>Kroatien</b>     | 56,04 % | 56,04 % | 56,04 % | <b>0,00 %</b>  |
| <b>Estland</b>      | 66,42 % | 66,42 % | 66,42 % | <b>0,00 %</b>  |
| <b>Ungarn</b>       | 67,26 % | 67,26 % | 67,26 % | <b>0,00 %</b>  |
| <b>Italien</b>      | 56,19 % | 56,19 % | 56,19 % | <b>0,00 %</b>  |
| <b>Lettland</b>     | 60,57 % | 60,57 % | 60,57 % | <b>0,00 %</b>  |
| <b>Luxemburg</b>    | 59,34 % | 59,34 % | 59,34 % | <b>0,00 %</b>  |
| <b>Malta</b>        | 53,82 % | 53,82 % | 53,82 % | <b>0,00 %</b>  |
| <b>Belgien</b>      | 52,18 % | 52,09 % | 52,19 % | <b>0,01 %</b>  |
| <b>Litauen</b>      | 57,42 % | 57,43 % | 57,43 % | <b>0,01 %</b>  |
| <b>Slowenien</b>    | 57,22 % | 57,23 % | 57,23 % | <b>0,01 %</b>  |
| <b>Slowakei</b>     | 49,67 % | 49,67 % | 49,72 % | <b>0,05 %</b>  |
| <b>Portugal</b>     | 60,60 % | 60,58 % | 60,69 % | <b>0,09 %</b>  |
| <b>Spanien</b>      | 57,46 % | 57,38 % | 57,58 % | <b>0,12 %</b>  |
| <b>Niederlande</b>  | 47,74 % | 47,69 % | 47,88 % | <b>0,14 %</b>  |
| <b>Deutschland</b>  | 58,73 % | 58,54 % | 58,94 % | <b>0,21 %</b>  |
| <b>Polen</b>        | 61,56 % | 61,55 % | 61,78 % | <b>0,22 %</b>  |
| <b>Rumänien</b>     | 57,45 % | 57,45 % | 57,72 % | <b>0,27 %</b>  |
| <b>Finnland</b>     | 55,76 % | 55,76 % | 56,06 % | <b>0,30 %</b>  |
| <b>Griechenland</b> | 60,39 % | 60,05 % | 60,74 % | <b>0,35 %</b>  |
| <b>Frankreich</b>   | 58,90 % | 58,77 % | 59,33 % | <b>0,43 %</b>  |
| <b>Österreich</b>   | 61,42 % | 61,33 % | 61,85 % | <b>0,43 %</b>  |
| <b>Tschechien</b>   | 57,93 % | 57,90 % | 58,47 % | <b>0,54 %</b>  |
| <b>Dänemark</b>     | 50,14 % | 50,16 % | 50,74 % | <b>0,60 %</b>  |
| <b>Durchschnitt</b> | 58,30 % | 58,22 % | 58,43 % | <b>0,13 %</b>  |

Quelle: World Inequality Database und eigene Berechnungen des Autors

Dieses überwiegend beruhigende Bild oft abnehmender und selten stark zunehmender Ungleichheit darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Einkommensdimension nur einen Teilaspekt der coronabedingten Ungleichheit darstellt. So haben die Einschränkungen im Bildungs- und Gesundheitssystem viele schwächere Bevölkerungsgruppen getroffen, wobei sich viele Folgen erst langfristig zeigen werden. Wie Tabelle 3 zeigt, hat die Ungleichheit der Vermögen, gemessen als Anteil der reichsten 10 Prozent, in den meisten Ländern nach einem kurzen Rückgang im Pandemiejahr 2020 wieder zugenommen – im Durchschnitt von 58,3 auf 58,43 Prozent (siehe auch Oxfam 2022, Chancel 2022).

Dieser kritischere Befund wird bestätigt durch einen Blick auf die Armutsrisikoquote (= Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung, die ein Risiko von Armut und sozialer Exklusion aufweisen). Die übliche Definition sieht ein solches Risiko, wenn das Einkommen der Person niedriger ist als 60 Prozent (oft auch 50 Prozent) des mittleren<sup>5</sup> Einkommens. Kritisch eingestellte Fachleute betrachten diese Definition jedoch als

<sup>5</sup> Das mittlere Einkommen ist nicht das Durchschnittseinkommen, sondern das Einkommen, über und unter dem je die Hälfte des Einkommens der jeweiligen Bevölkerung liegt. Es ist in der Regel niedriger als das Durchschnittseinkommen. Der Abstand zwischen beiden Werten kann auch als Indikator für die Ungleichheit der Einkommensverteilung dienen.

unangemessen, sodass man nicht von Armut sprechen könne (der Schwellenwert in Deutschland lag 2021 für eine alleinlebende Person bei 15.009 Euro/Jahr oder 1.251 Euro/Monat). Diese Quote hat im EU-Durchschnitt während der Pandemie um 0,6 Prozentpunkte zugenommen (siehe Tabelle 4), also um fast 2,7 Millionen Menschen.

Die stärkste Zunahme (in der letzten Spalte von Tabelle 4 rot markiert) weist Deutschland auf, womit sich das bedenkliche Bild, das der Gini-Koeffizient für die Einkommensverteilung in Deutschland zeigt, bestätigt, auch wenn die S80/S20-Quote relativ unauffällig war. Mit ebenfalls hohen Armutszuwächsen fallen wieder zwei Länder der südlichen Peripherie auf, nämlich Spanien (mit 1,6 Prozentpunkten auf Platz 2)

und Portugal (mit 1,3 Prozentpunkten auf Platz 3). Überraschend gut schneiden dagegen die beiden Länder ab, die mit über 30 Prozent die höchsten Armutsrisikoquoten in der EU aufweisen: Rumänien (–1,7 Prozentpunkte) und Bulgarien (–1,5 Prozentpunkte).

### 1.3 STAGNIERENDE EU-WEITE UNGLEICHHEIT

Die oben geschilderten Entwicklungen der zwischen- und innerstaatlichen Ungleichheit bestimmen die Veränderung der EU-weiten Ungleichheit, welche die Einkommensverteilung zwischen allen in der EU lebenden Menschen unabhängig von

Tabelle 4  
Entwicklung des Armutsrisikos während der Pandemie

| Land/Region                  | 2019 | 2020 | 2021 | 2021–2019   |
|------------------------------|------|------|------|-------------|
| <b>EU 27</b>                 | 21,1 | 21,6 | 21,7 | <b>0,6</b>  |
| <b>Belgien</b>               | 20,0 | 20,3 | 18,8 | <b>–1,2</b> |
| <b>Bulgarien</b>             | 33,2 | 33,6 | 31,7 | <b>–1,5</b> |
| <b>Tschechische Republik</b> | 12,1 | 11,5 | 10,7 | <b>–1,4</b> |
| <b>Dänemark</b>              | 17,3 | 16,8 | 17,3 | <b>0,0</b>  |
| <b>Deutschland</b>           | 17,3 | 20,4 | 20,7 | <b>3,4</b>  |
| <b>Estland</b>               | 23,7 | 22,8 | 22,2 | <b>–1,5</b> |
| <b>Irland</b>                | 20,4 | 20,1 | 20,0 | <b>–0,4</b> |
| <b>Griechenland</b>          | 29,0 | 27,4 | 28,3 | <b>–0,7</b> |
| <b>Spanien</b>               | 26,2 | 27,0 | 27,8 | <b>1,6</b>  |
| <b>Frankreich</b>            | 18,8 | 19,3 | 19,3 | <b>0,5</b>  |
| <b>Kroatien</b>              | 20,8 | 20,5 | 20,9 | <b>0,1</b>  |
| <b>Italien</b>               | 24,6 | 24,9 | 25,2 | <b>0,6</b>  |
| <b>Zypern</b>                | 18,6 | 17,6 | 17,3 | <b>–1,3</b> |
| <b>Lettland</b>              | 26,7 | 25,1 | 26,1 | <b>–0,6</b> |
| <b>Litauen</b>               | 25,5 | 24,5 | 23,4 | <b>–2,1</b> |
| <b>Luxemburg</b>             | 20,1 | 19,9 | 21,1 | <b>1,0</b>  |
| <b>Ungarn</b>                | 20,0 | 19,4 | 19,4 | <b>–0,6</b> |
| <b>Malta</b>                 | 20,7 | 19,9 | 20,3 | <b>–0,4</b> |
| <b>Niederlande</b>           | 16,5 | 16,0 | 16,6 | <b>0,1</b>  |
| <b>Österreich</b>            | 16,5 | 16,7 | 17,3 | <b>0,8</b>  |
| <b>Polen</b>                 | 17,9 | 17,0 | 16,8 | <b>–1,1</b> |
| <b>Portugal</b>              | 21,1 | 20,0 | 22,4 | <b>1,3</b>  |
| <b>Rumänien</b>              | 36,1 | 35,6 | 34,4 | <b>–1,7</b> |
| <b>Slowenien</b>             | 13,7 | 14,3 | 13,2 | <b>–0,5</b> |
| <b>Slowakei</b>              | 14,8 | 13,8 | 15,6 | <b>0,8</b>  |
| <b>Finnland</b>              | 15,4 | 15,9 | 14,2 | <b>–1,2</b> |
| <b>Schweden</b>              | 18,4 | 17,7 | 17,2 | <b>–1,2</b> |

Quelle: Eurostat und Berechnungen des Autors.

Staatsangehörigkeit oder Wohnort angibt. Sie entspricht dem Konzept 3 der internationalen Ungleichheit von Milanovic (Milanovic 2005). Die EU ist zwar kein Staat, aber trotzdem spielt die EU-weite Einkommensverteilung eine wichtige Rolle in einer hochintegrierten Volkswirtschaft mit einem einheitlichen Binnenmarkt und freier Bewegung von Gütern, Dienstleistungen, Menschen und Kapital. Für Arbeitskräfte sind diese Einkommensunterschiede ein Anreiz zur Migration, für Investoren ein Anreiz, Produktion an Billigstandorte zu verlegen. Populistische Bewegungen waren und sind Reaktionen der Menschen, vor allem in den reicheren Ländern, die sich durch Einwanderung und Deindustrialisierung betroffen fühlen. Nicht zuletzt ist der größte Rückschlag der Europäischen Integration, der Brexit, auf diese Problemkonstellation zurückzuführen.

Zur Abschätzung der EU-weiten Ungleichheit kann man sich vorstellen, dass dazu alle Menschen der EU nach ihrem Einkommen aufgereiht werden. Als Datenbasis dienen die Haushaltsbefragungen von EU-SILC, die das verfügbare Einkommen von ca. 130.000 Haushalten erheben. Damit stellen sie die beste verfügbare empirische Grundlage dar, auch wenn man davon ausgehen muss, dass die tatsächliche Ungleichheit höher ist, da die Befragungen am unteren und oberen Rand der Einkommensverteilung wenig repräsentativ sind. Wie eingangs erwähnt, ist es dabei wichtig, die Einkommen sowohl zu Wechselkursen (Tabelle 5a) als auch zu Kaufkraftstärken (KKS, Tabelle 5b) zu erfassen, um beide (recht unterschiedlichen) Ungleichheitswerte zu erhalten.

Tabelle 5a  
Einkommen der nationalen Quintile 2021 (Wechselkurse)

| Mitgliedstaat         | Pro-Kopf-Einkommen in Euro |        |        |        |        |
|-----------------------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|
|                       | Q1                         | Q2     | Q3     | Q4     | Q5     |
| Bulgarien             | 2.093                      | 3.647  | 5.187  | 7.144  | 15.574 |
| Rumänien              | 1.523                      | 3.353  | 4.847  | 6.676  | 10.812 |
| Kroatien              | 3.414                      | 6.006  | 8.091  | 10.472 | 16.312 |
| Lettland              | 3.583                      | 6.581  | 9.406  | 12.896 | 23.709 |
| Litauen               | 4.149                      | 7.015  | 9.680  | 13.133 | 25.449 |
| Polen                 | 4.082                      | 6.524  | 8.311  | 10.479 | 16.404 |
| Estland               | 5.385                      | 9.098  | 12.632 | 16.882 | 27.082 |
| Ungarn                | 3.213                      | 5.112  | 6.622  | 8.396  | 13.338 |
| Slowakei              | 4.363                      | 6.867  | 8.522  | 10.292 | 13.929 |
| Tschechische Republik | 6.213                      | 8.798  | 10.659 | 13.238 | 21.274 |
| Portugal              | 4.714                      | 8.374  | 11.140 | 14.660 | 26.662 |
| Griechenland          | 3.374                      | 6.496  | 8.785  | 11.567 | 19.533 |
| Malta                 | 7.761                      | 13.017 | 17.103 | 22.619 | 38.817 |
| Spanien               | 5.770                      | 11.475 | 15.977 | 21.611 | 35.680 |
| Slowenien             | 8.508                      | 12.552 | 15.451 | 18.889 | 27.581 |
| Italien               | 6.915                      | 12.967 | 17.634 | 23.370 | 40.496 |
| Zypern                | 8.957                      | 12.976 | 16.760 | 21.683 | 37.812 |
| Deutschland           | 11.635                     | 19.200 | 25.038 | 32.743 | 56.830 |
| Frankreich            | 11.200                     | 17.769 | 22.725 | 28.670 | 49.482 |
| Belgien               | 13.690                     | 20.338 | 25.882 | 31.808 | 46.861 |
| Österreich            | 13.109                     | 21.672 | 27.592 | 34.293 | 53.475 |
| Finnland              | 14.312                     | 20.287 | 25.540 | 31.741 | 51.157 |
| Niederlande           | 14.038                     | 21.739 | 28.289 | 34.607 | 54.457 |
| Schweden              | 12.111                     | 19.589 | 25.532 | 32.107 | 48.915 |
| Irland                | 15.143                     | 21.943 | 28.232 | 36.056 | 57.744 |
| Dänemark              | 16.436                     | 25.539 | 32.124 | 39.976 | 64.641 |
| Luxemburg             | 19.879                     | 31.435 | 42.589 | 56.056 | 91.063 |

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen des Autors.



Um den Rechenaufwand zu reduzieren, stützt sich die vorliegende Analyse auf ein vereinfachtes Verfahren, die Quintilmethode, bei der nur die durchschnittlichen Einkommen der 135 nationalen Quintile (27 Mitgliedstaaten x 5) als Ausgangspunkt genommen werden. Dieser Ansatz berücksichtigt sowohl die innerstaatliche Verteilung (durch die je 5 Quintile) als auch die zwischenstaatliche und approximiert den Wert, der sich bei Auswertung der gesamten Stichprobe ergeben würde, sehr gut (Dauderstädt 2020). Statt allen Menschen reiht man nun die Quintile auf, vom ärmsten (2021 war das ärmste Quintil dasjenige Rumäniens mit einem Durchschnittseinkommen von 1.523 Euro zu Wechselkursen oder 2.742 Euro in KKS) bis zum reichsten (das reichste Quintil war

dasjenige Luxemburgs mit einem Durchschnittseinkommen von 91.063 Euro zu Wechselkursen oder 68.877 Euro in KKS). Diese Werte geben einen ersten Hinweis auf die riesigen Einkommensunterschiede innerhalb der EU: Das Verhältnis vom ärmsten zum reichsten Quintil ist das 60-fache zu Wechselkursen und immer noch das 25-fache in KKS. Damit ist die Spreizung zwischen arm und reich in der EU viel höher als zwischen dem Durchschnittseinkommen der EU-Mitgliedstaaten (siehe Tabelle 1, wo sich die entsprechenden Werte zwischen dem Elffachen und Dreifachen bewegen) und auch höher als innerhalb der meisten EU-Mitgliedstaaten, wenn man deren Ungleichheit mit der im Folgenden dargelegten EU-weiten vergleicht (zumindest zu Wechselkursen).

Tabelle 5b

**Einkommen der nationalen Quintile 2021 (Kaufkraftstärke)**

| Mitgliedstaat         | Pro-Kopf-Einkommen in Euro / KKS |        |        |        |        |
|-----------------------|----------------------------------|--------|--------|--------|--------|
|                       | Q1                               | Q2     | Q3     | Q4     | Q5     |
| Bulgarien             | 3.804                            | 6.629  | 9.428  | 12.987 | 28.310 |
| Rumänien              | 2.742                            | 6.040  | 8.730  | 12.024 | 19.472 |
| Kroatien              | 4.822                            | 8.483  | 11.427 | 14.790 | 23.037 |
| Lettland              | 4.546                            | 8.351  | 11.935 | 16.364 | 30.085 |
| Litauen               | 5.897                            | 9.970  | 13.757 | 18.665 | 36.168 |
| Polen                 | 6.824                            | 10.907 | 13.894 | 17.518 | 27.422 |
| Estland               | 6.318                            | 10.675 | 14.821 | 19.808 | 31.774 |
| Ungarn                | 4.846                            | 7.709  | 9.986  | 12.661 | 20.113 |
| Slowakei              | 4.853                            | 7.638  | 9.479  | 11.448 | 15.493 |
| Tschechische Republik | 8.078                            | 11.439 | 13.858 | 17.212 | 27.661 |
| Portugal              | 5.273                            | 9.367  | 12.461 | 16.399 | 29.824 |
| Griechenland          | 3.823                            | 7.361  | 9.955  | 13.107 | 22.134 |
| Malta                 | 8.661                            | 14.527 | 19.087 | 25.243 | 43.320 |
| Spanien               | 5.917                            | 11.767 | 16.384 | 22.161 | 36.589 |
| Slowenien             | 9.703                            | 14.314 | 17.621 | 21.541 | 31.454 |
| Italien               | 6.825                            | 12.798 | 17.405 | 23.066 | 39.970 |
| Zypern                | 9.842                            | 14.258 | 18.416 | 23.826 | 41.549 |
| Deutschland           | 10.885                           | 17.961 | 23.423 | 30.630 | 53.162 |
| Frankreich            | 9.903                            | 15.711 | 20.094 | 25.350 | 43.752 |
| Belgien               | 12.017                           | 17.852 | 22.719 | 27.921 | 41.135 |
| Österreich            | 11.685                           | 19.319 | 24.596 | 30.569 | 47.668 |
| Finnland              | 11.288                           | 16.001 | 20.144 | 25.035 | 40.350 |
| Niederlande           | 12.123                           | 18.773 | 24.429 | 29.885 | 47.026 |
| Schweden              | 9.819                            | 15.882 | 20.700 | 26.031 | 39.658 |
| Irland                | 10.819                           | 15.678 | 20.172 | 25.762 | 41.258 |
| Dänemark              | 11.729                           | 18.226 | 22.925 | 28.528 | 46.131 |
| Luxemburg             | 15.036                           | 23.776 | 32.212 | 42.399 | 68.877 |

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen des Autors

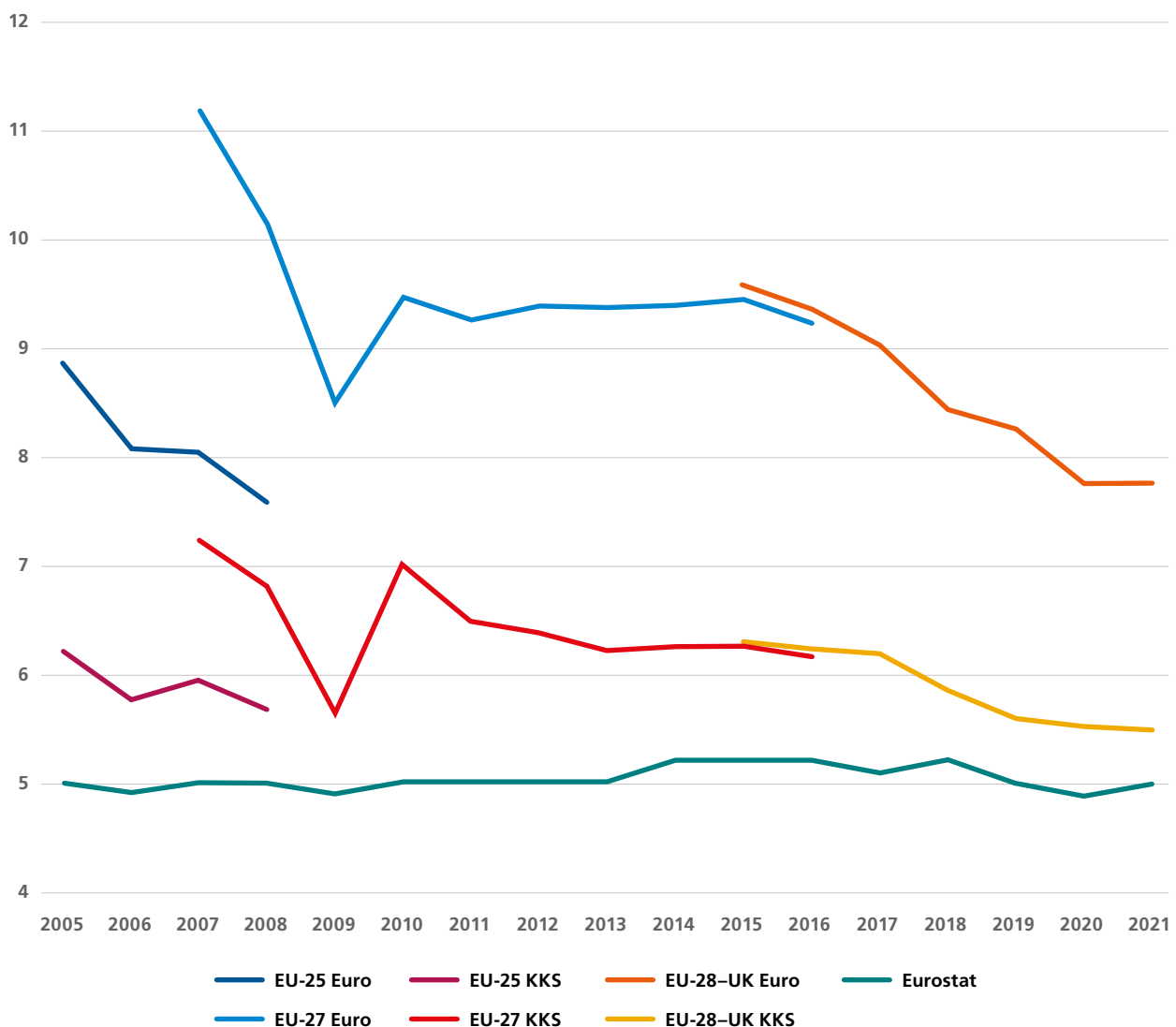
Als Indikator für die EU-weite Ungleichheit bietet sich die S80/S20-Quote an, die das Verhältnis der Einkommen des reichsten Fünftels der EU-Bevölkerung zu dem des ärmsten Fünftels angibt. Diese beiden EU-Quintile umfassen jeweils knapp 90 Millionen Menschen und werden hier aus den passenden nationalen Quintilen zusammengesetzt (siehe Tabellen 5a und 5b). Dazu werden alle nationalen Quintile nach ihrem Durchschnittseinkommen geordnet und die Gesamteinkommen der reichsten und ärmsten so weit addiert, bis die erfassten Bevölkerungsteile ein Fünftel der EU-Bevölkerung erreichen.

Die Zusammensetzung der reichsten und ärmsten EU-Quintile wird in beiden Tabellen (5a und 5b) durch die rote Färbung (für das ärmste EU-Quintil) und die grüne Färbung (für das reichste EU-Quintil) ausgewiesen. Um die exakte Größe der Bevölkerung eines EU-Quintils zu bekommen, werden an der Einkommensschwelle nur Teile des jeweils an der Grenze liegenden nationalen Quintils erfasst (blass eingefärbt in Tabelle 5a: Q4 Ungarn und Q4 Deutschland; in Ta-

belle 5b: Q1 Deutschland und Q5 Portugal). An der Farbverteilung in der Tabelle lässt sich erkennen, wie sich der Übergang von Wechselkursen zu Kaufkraftstärken auswirkt. In Tabelle 5b (KKS) sind mehr Quintile aus reicheren Ländern am ärmsten EU-Quintil und mehr Quintile aus ärmeren Ländern am reichsten EU-Quintil beteiligt.

Wie hat sich die EU-weite Ungleichheit in der Corona-Krise entwickelt? Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der S80/S20-Quote seit 2005. Sieht man von den Anstiegen ab, die sich durch den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 und – deutlich schwächer – Kroatiens 2013 ergeben haben, so dominiert nach der Finanzkrise 2009 eine Stagnationsphase, die ab 2015 in einen leichten Rückgang mündet, den die Pandemie abgebremsst und sogar leicht umgekehrt hat. Dieser Befund kann angesichts der oben ausführlich erläuterten Entwicklung der zwischen- und innerstaatlichen Ungleichheit kaum überraschen. Die innerstaatlichen Veränderungen waren im Durchschnitt gering, wie auch die unterste Eurostat-Kurve zeigt, die sich seit Jahren eng um den

Abbildung 2  
**EU-weite Ungleichheit** (S80/S20-Quote, 2005–2021)



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen des Autors

Wert 5 bewegt.<sup>6</sup> Es waren also schon immer die zwischenstaatlichen Einkommensunterschiede, welche die Entwicklung der EU-weiten Ungleichheit hauptsächlich bestimmt haben: negativ im Fall der Erweiterungen durch ärmere Länder, positiv durch das aufholende Wachstum eben dieser ärmeren MOE-Staaten (siehe Abbildung 1). Das Zurückfallen der Südperipherie hat sich dagegen kaum ausgewirkt, da deren Durchschnittseinkommen im Mittelfeld der EU-weiten Verteilung liegen.

In der Pandemie war für 2020 sogar ein schwacher Rückgang der EU-weiten Ungleichheit zu beobachten,<sup>7</sup> getrieben auch von einem im Durchschnitt leichten Absinken der innerstaatlichen Ungleichheit (sichtbar in der untersten Kurve von Abbildung 2 sowie in den Tabellen 2a und 2b), das wohl den starken Hilfsprogrammen zu verdanken war (Dauderstädt 2021a). 2021 brachte einen ebenfalls schwachen Rückschlag, der die EU-weite Ungleichheit wieder ansteigen ließ, allerdings ohne auf das Niveau von 2019 zurückzukehren.

Mit der Quintilmethode lässt sich auch eine EU-weite Armutsquote berechnen, die den Prozentsatz der EU-Bevölkerung angibt, deren Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens der EU liegen. Das mittlere Einkommen unterscheidet sich nicht sehr, wenn man es zu Wechselkursen oder KKS ins Verhältnis setzt, und lag 2021 bei etwa 17.500 Euro, womit sich die Armutsschwelle bei etwa 10.500 Euro ergibt (etwa zwei Drittel der deutschen Armutsschwelle). Der Prozentsatz der Personen mit einem geringeren Einkommen fällt im Verhältnis zu Wechselkursen und KKS jedoch sehr unterschiedlich aus: 19,4 Prozent (KKS) und 24 Prozent zu Wechselkursen für 2021. Er liegt damit deutlich niedriger als 2019, da er vor der Pandemie 22,4 Prozent (KKS) und 30,7 Prozent (Wechselkursen) betrug (allerdings damals noch EU-28).<sup>8</sup> Auch diese positive Entwicklung dürfte vor allem dem höheren Einkommenswachstum in den ärmeren EU-Mitgliedstaaten (MOE) zu verdanken sein.

Wenn man die 135 nationalen Quintile in ein Ranking einordnet mit dem reichsten (Luxemburg Q1) auf Platz 1 und dem ärmsten (Rumänien Q5) auf Platz 135, so lassen sich die Verschiebungen in der Einkommensverteilung auch an den Platzveränderungen im Ranking erkennen.<sup>9</sup> Der Gewinner ist das reichste bulgarische Quintil, das sich um 15 Plätze (von Rang 81 auf 66) verbessert hat, vor den beiden ärmsten lettischen Quintilen, die sich um 12 Plätze vorgeschoben haben. Summiert man alle Platzveränderungen pro Land, so

hat sich Lettland am meisten verbessert (47 für alle 5 Quintile) vor Bulgarien (30). Verlierer waren die Schweden, deren zwei ärmste Quintile um je 10 Plätze (von Platz 74 auf 84 bzw. von Platz 43 auf 53) zurückfielen und alle schwedischen Quintile zusammen um 37. Das nächstschlechteste Quintil war das ärmste Frankreichs, das ebenfalls um 10 Ränge von Platz 78 auf 88 abstürzte, sowie als Land Spanien, dessen Quintile insgesamt 25 Plätze einbüßten.

Insgesamt ist die EU glimpflich durch die Pandemie gekommen, wenn man nur die Einkommensverteilung betrachtet. Hauptverlierer waren die Länder der südlichen Peripherie. Sie sollten daher besonders durch das Antikrisenprogramm der EU (»NextGenerationEU«) unterstützt werden. Mit dieser großen Initiative (750 Milliarden Euro) hat die EU auf die Pandemie solidarischer und entschlossener reagiert als auf die Finanzmarktkrise und die anschließende Staatsschuldenpanik von 2009 (Rainone/Pochet 2022). Kritische Fachleute bezweifeln aber, ob die Kohäsion dadurch langfristig gefördert wird, da ärmere Länder die Mittel stärker konsumtiv verwenden als reichere, die höhere Anteile für Forschung und Entwicklung ausgeben (Archiburghi 2023).

<sup>6</sup> Dieser von Eurostat für die EU-27 angegebene Wert ist der mit der Bevölkerung gewichtete Durchschnitt der nationalen S80/S20-Quoten, der aber nicht die »wahre« EU-weite Ungleichheit angibt, worauf Fachleute schon mehrfach hingewiesen haben, so neben dem Autor auch Atkinson et al. (2010), S. 109, oder Darvas (2016), S. 15 für den Gini-Koeffizienten.

<sup>7</sup> Insofern lag die Ungleichheit 2020 etwas niedriger (weniger als 0,1 für die S80/S20-Quote) als vom Autor (Dauderstädt 2021b) unter der Annahme konstanter innerstaatlicher Ungleichheit Anfang 2021 vorausgeschätzt, bevor die EU-SILC Daten vorlagen.

<sup>8</sup> Die so berechnete EU-weite Armutsrisikoquote unterscheidet sich vom EU-Durchschnitt aller nationalen Armutsrisikoquoten, der in der obersten Zeile der Tabelle 3 ausgewiesen ist.

<sup>9</sup> Die folgenden Ergebnisse beziehen sich auf die Veränderungen zwischen 2018 und 2021 zu Wechselkursen.

## 2

## NACH DER PANDEMIE: UKRAINEKRIEG, ENERGIEKRISE, INFLATION

Kaum hatte Europa die Pandemie weitgehend hinter sich gelassen, hat das Jahr 2022 schon die nächsten Krisen gebracht: Infolge des Krieges in der Ukraine und der Sanktionspolitik Russlands und des Westens haben sich die Energiepreise stark erhöht und die Inflation ist deutlich angestiegen – teilweise auch aus anderen Gründen wie pandemiebedingten Lieferengpässen und der dank der Rettungsprogramme und Flüchtlingszuströme kräftigen Nachfrage. Wie wirkt(e) sich diese Krise auf die Einkommensverteilung in der EU in ihren drei Facetten aus (zwischen und innerhalb von Ländern sowie EU-weit)?

### 2.1 INFLATIONÄRER OSTEN

Um die Entwicklung zwischen den Ländern abzuschätzen, kann man die Wachstumsprognosen für 2022 aus der Ameco-Datenbank nutzen.<sup>10</sup> Hier deutet sich an (siehe Tabelle 6), dass im Gegensatz zur Corona-Krise die südliche Peripherie weniger betroffen ist als der Norden, einschließlich einer Reihe von Ländern Mittelosteuropas (weniger Südosteuropa). Zwar weisen fast alle Länder noch positive Wachstumsraten auf, aber einige zeigen auch einen Rückgang (z.B. Tschechien, Estland und Luxemburg).

Ein erklärender Faktor könnten Unterschiede bei den Schutzmaßnahmen sein: Die Mitgliedstaaten der EU haben auf die Herausforderungen der neuen Krise zwar mit ähnlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen reagiert, aber unterschiedliche Akzente und unterschiedlich starke fiskalische Impulse gesetzt. Länder mit Preisbremsen hatten niedrigere Inflationsraten (Frankreich). Bei der Ausgabenhöhe sticht Deutschland mit über 7 Prozent des BIP hervor, während die Werte für viele Länder deutlich darunter lagen (Italien und Niederlande immerhin noch ca. 5 Prozent; Finnland und Schweden sogar nur unter 1 Prozent). Unterschiedlich starke Subventionen von Unternehmen und Haushalten korrelieren aber nicht mit unterschiedlichen Wachstumsraten. So hat beispielsweise Slowenien etwa 1 Prozent des BIP für Hilfen ausgegeben, während sein BIP um 6,28 Prozent stieg; Deutschland gab hingegen 7 Prozent des BIP aus (»Doppelwumms«), sein BIP wuchs jedoch nur um 0,78 Prozent.<sup>11</sup>

Im Ergebnis zählen zu den Ländern mit prognostiziertem schwachem Wachstum somit auch reiche Mitgliedstaaten wie Deutschland. Zu den relativen Spitzenreitern gehören neben dem ohnehin schon sehr reichen Irland auch Griechenland und Portugal sowie Slowenien und Kroatien. Problematischer stellt sich das Wachstum dar, wenn man die negativen *Terms of Trade*-Effekte der höheren Energiepreise berücksichtigt. Dann fällt das Wachstum in der EU insgesamt deutlich schwächer aus und in vielen Ländern ist zu beobachten, dass das BIP de facto geschrumpft ist.

Im Ergebnis schneidet beim BIP-Wachstum 2022 der Mittelmeerraum besser ab als Mittel- und Osteuropa (MOE) und der reiche Kern der EU. Das könnte vor dem Hintergrund der Energiekrise auch ein längerfristiger Trend sein, denn der Süden Europas, vor allem Spanien und Griechenland, hat ein größeres Potenzial an erneuerbaren Energien als der Osten (Kakoulaki 2021). Das Bild ändert sich, wenn man das BNE vergleicht, da dabei MOE wieder die höchsten Wachstumsraten aufweist. Dieses Wachstum ist aber stark inflationsbedingt, da der Preisanstieg in MOE erheblich höher war als im übrigen Europa. Dazu hat wahrscheinlich nicht nur der globale Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise, sondern auch der Zustrom ukrainischer Flüchtlinge mit ihrer zusätzlichen Nachfrage beigetragen.

Unter Berücksichtigung der *Terms of Trade* oder auch gemessen in Kaufkraftstärken (Tabelle 6, Spalte 2 und 3) ähnelt das Bild wieder dem beim BIP. Die *Terms of Trade* geben die Austauschverhältnisse im Außenhandel an und signalisieren so Wohlstandsgewinne oder -verluste, die sich daraus ergeben, dass sich z.B. Importe (wie jetzt Gas und Öl) verteuern. Diese verteuerten Importe schmälern dann das entsprechend bereinigte BIP (Tabelle 6, Spalte 1 und 2) und verschlechtern die Leistungsbilanz (geringerer Überschuss oder höheres Defizit), wie es bei fast allen Ländern außer Estland und Irland zwischen 2021 und 2022 der Fall war (siehe Tabelle 6, letzte Spalte).

Eine höhere Inflation in ärmeren Mitgliedstaaten, die zum reicheren Kern der EU aufholen wollen, ist normal und notwendig (Dauderstädt 2021c). Sonst könnten die nominalen Einkommen von Beschäftigten, die etwa nicht handelbare Dienstleistungen anbieten (z.B. Körperpflege, Bildung, Polizei), nie das Niveau der reicheren Länder erreichen. Aber ein Gedankenexperiment zeigt, dass diese Anpassung nicht beliebig schnell verlaufen kann, sondern dem realen Produkti-

<sup>10</sup> Die Wachstumsraten der Ameco-Datenbank unterscheiden sich von neueren Angaben für einzelne Mitgliedstaaten. So ist die Rate von 0,78 für Deutschland viel niedriger als die im Januar 2023 gemeldete Rate von über 2 Prozent.

<sup>11</sup> Für einen detaillierten Überblick siehe Sgaravatti et al. (2022).

Tabelle 6  
**BIP und BNE, Inflation und Leistungsbilanz** (Veränderung 2021–2022)

| Land/Region           | BIP     | BIP/ToT | BNE     | BNE KKS | Inflation<br>(2015=100) | Leistungsbilanz<br>(% vom BIP) |
|-----------------------|---------|---------|---------|---------|-------------------------|--------------------------------|
| <b>Eurozone</b>       | 2,45 %  | 0,00 %  | 7,24 %  | 7,60 %  | 9,2                     | k. A.                          |
| <b>EU-27</b>          | 2,71 %  | 0,34 %  | 7,36 %  | 7,69 %  | 10,1                    | k. A.                          |
| <b>Belgien</b>        | 2,07 %  | –1,55 % | 8,92 %  | 6,87 %  | 11,6                    | –3,1                           |
| <b>Bulgarien</b>      | 3,95 %  | 6,10 %  | 16,00 % | 7,73 %  | 14,0                    | –0,7                           |
| <b>Tschechien</b>     | –0,21 % | –4,24 % | 13,62 % | 4,61 %  | 17,9                    | –3,3                           |
| <b>Dänemark</b>       | 2,27 %  | –1,94 % | 5,38 %  | 6,92 %  | 8,3                     | –2,3                           |
| <b>Deutschland</b>    | 0,78 %  | –1,56 % | 6,03 %  | 5,46 %  | 9,7                     | –3,7                           |
| <b>Estland</b>        | –2,67 % | –2,09 % | 12,16 % | 2,95 %  | 22,2                    | 2,2                            |
| <b>Irland</b>         | 6,09 %  | 7,31 %  | 17,24 % | 11,72 % | 8,6                     | 4,0                            |
| <b>Griechenland</b>   | 6,47 %  | 5,99 %  | 16,57 % | 12,14 % | 10,2                    | –0,5                           |
| <b>Spanien</b>        | 3,39 %  | 0,42 %  | 7,42 %  | 8,39 %  | 9,2                     | –0,1                           |
| <b>Frankreich</b>     | 2,05 %  | 0,88 %  | 5,04 %  | 7,20 %  | 6,3                     | –1,8                           |
| <b>Kroatien</b>       | 6,47 %  | 3,62 %  | 11,26 % | 10,82 % | 10,7                    | –2,8                           |
| <b>Italien</b>        | 3,17 %  | 0,35 %  | 7,49 %  | 9,27 %  | 9,2                     | –2,3                           |
| <b>Zypern</b>         | 3,53 %  | –1,18 % | 8,61 %  | 8,65 %  | 8,1                     | –2,9                           |
| <b>Lettland</b>       | 1,33 %  | 0,00 %  | 12,85 % | 6,36 %  | 19,0                    | –3,9                           |
| <b>Litauen</b>        | 1,83 %  | –5,00 % | 19,27 % | 7,25 %  | 21,9                    | –5,0                           |
| <b>Luxemburg</b>      | –1,03 % | –2,51 % | 4,19 %  | 3,24 %  | 9,2                     | –1,8                           |
| <b>Ungarn</b>         | 5,16 %  | 0,81 %  | 5,23 %  | 10,13 % | 17,7                    | –3,6                           |
| <b>Malta</b>          | 3,59 %  | 2,31 %  | 7,66 %  | 7,80 %  | 6,6                     | –0,5                           |
| <b>Niederlande</b>    | 4,14 %  | 0,23 %  | 7,97 %  | 9,18 %  | 12,8                    | –1,5                           |
| <b>Österreich</b>     | 3,43 %  | 2,23 %  | 8,55 %  | 7,09 %  | 9,6                     | –0,2                           |
| <b>Polen</b>          | 1,35 %  | –0,50 % | 11,72 % | 6,64 %  | 15,2                    | –2,7                           |
| <b>Portugal</b>       | 6,91 %  | 5,29 %  | 10,19 % | 11,67 % | 8,3                     | –0,2                           |
| <b>Rumänien</b>       | 6,71 %  | 5,06 %  | 17,74 % | 11,21 % | 13,6                    | –2,2                           |
| <b>Slowenien</b>      | 6,28 %  | 2,25 %  | 13,11 % | 11,11 % | 9,8                     | –4,5                           |
| <b>Slowakei</b>       | 0,61 %  | –1,89 % | 8,38 %  | 5,43 %  | 13,2                    | –3,8                           |
| <b>Finnland</b>       | 1,68 %  | 1,19 %  | 6,72 %  | 6,20 %  | 7,7                     | –0,8                           |
| <b>Schweden</b>       | 2,49 %  | 1,62 %  | 4,33 %  | 7,02 %  | 8,9                     | –2,1                           |
| <b>Nordwesteuropa</b> | 2,40 %  | 0,59 %  | 7,44 %  | 7,09 %  | 9,27                    | –1,33                          |
| <b>MOE</b>            | 2,80 %  | 0,37 %  | 12,85 % | 7,66 %  | 15,93                   | –2,75                          |
| <b>Mittelmeerraum</b> | 4,51 %  | 2,20 %  | 9,66 %  | 9,65 %  | 8,60                    | –1,08                          |

Quelle: Ameco und eigene Berechnungen des Autors; bei BIP und BNE prozentuale Veränderung der Pro-Kopf-Werte; bei Inflation Differenz der Indexwerte des Preisniveaus (2015=100); bei Leistungsbilanz Differenz in Prozentpunkten (vom BIP)

vitätsfortschritt folgen muss. Würde man die Einkommen in MOE nominal verdoppeln, nur um schnell aufzuholen, so käme es rasch zu einer Zahlungsbilanzkrise, da sich die Preise der Exporte verdoppeln und ihr Absatz sinken würden, während die Importe aufgrund der verdoppelten Kaufkraft stark anstiegen. Genau das ist ansatzweise auch schon in MOE zu beobachten: Dort hat sich die Leistungsbilanz von 2021 auf 2022 deutlicher verschlechtert als in den beiden anderen Re-

gionen (siehe Tabelle 6, letzte Spalte). In Ländern mit einer eigenen Währung zu flexiblen Wechselkursen würde die Inflation eine Abwertung auslösen, welche die nominalen Einkommenssteigerungen im internationalen Vergleich wieder ausgleicht. Viele MOE-Staaten sind aber in der Eurozone (oder haben ihre Währungen fest an den Euro gekoppelt), womit eine Abwertung nicht möglich ist. Länger anhaltende hohe Inflationsdifferenziale können Krisen auslösen.

## 2.2 ZUNEHMENDE INNERSTAATLICHE UNGLEICHHEIT WEGEN SINKENDER REALEINKOMMEN

Innerhalb der Länder ist die Entwicklung schwerer abzuschätzen. Wie schon in der Pandemie waren die Schocks primär durch staatliche Einschränkungen (jetzt Sanktionen

bei fossilen Energierohstoffen) ausgelöst, die allerdings in manchen Ländern auf ein schon leicht inflationäres volkswirtschaftliches Umfeld trafen (pandemiebedingte Lieferkettenprobleme, hohe aufgestaute Nachfrage). Aber steigende Energiepreise machen den Löwenanteil der Inflation aus (OECD 2022, Abbildung 1). Entsprechend gut legitimiert waren staatliche Schutzmaßnahmen, die dann auch

Tabelle 7

**Preisanstieg und Ausgabenanteil 2022** (geordnet nach Anstieg der Inflation, erste Spalte)

| Land/Region           | Preisanstieg | Ausgabenanteil |
|-----------------------|--------------|----------------|
| <b>EU-27</b>          | 8,9 %        | 15,9 %         |
| <b>Irland</b>         | 3,6 %        | 10,8 %         |
| <b>Frankreich</b>     | 4,3 %        | 15,2 %         |
| <b>Finnland</b>       | 5,1 %        | 14,0 %         |
| <b>Belgien</b>        | 5,5 %        | 15,5 %         |
| <b>Luxemburg</b>      | 5,5 %        | 10,9 %         |
| <b>Italien</b>        | 6,7 %        | 17,9 %         |
| <b>Schweden</b>       | 6,7 %        | 13,8 %         |
| <b>Dänemark</b>       | 7,7 %        | 12,7 %         |
| <b>Österreich</b>     | 8,1 %        | 12,0 %         |
| <b>Deutschland</b>    | 8,5 %        | 11,1 %         |
| <b>Niederlande</b>    | 8,5 %        | 14,2 %         |
| <b>Slowenien</b>      | 9,5 %        | 15,8 %         |
| <b>Malta</b>          | 9,8 %        | 15,8 %         |
| <b>Spanien</b>        | 10,3 %       | 20,6 %         |
| <b>Portugal</b>       | 10,7 %       | 20,4 %         |
| <b>Tschechien</b>     | 11,2 %       | 18,6 %         |
| <b>Griechenland</b>   | 11,3 %       | 19,8 %         |
| <b>Zypern</b>         | 12,3 %       | 14,1 %         |
| <b>Polen</b>          | 12,3 %       | 16,7 %         |
| <b>Kroatien</b>       | 13,6 %       | 18,6 %         |
| <b>Slowakei</b>       | 14,3 %       | 21,0 %         |
| <b>Rumänien</b>       | 14,8 %       | 28,3 %         |
| <b>Estland</b>        | 14,9 %       | 19,2 %         |
| <b>Ungarn</b>         | 17,3 %       | 19,3 %         |
| <b>Lettland</b>       | 17,7 %       | 23,4 %         |
| <b>Bulgarien</b>      | 21,0 %       | 20,6 %         |
| <b>Litauen</b>        | 22,1 %       | 19,2 %         |
| <b>Nordwesteuropa</b> | 6,4 %        | 13,0 %         |
| <b>MOE</b>            | 15,3 %       | 20,1 %         |
| <b>Südeuropa</b>      | 10,2 %       | 18,1 %         |

Quelle: Eurostat und Berechnungen des Autors



von allen Mitgliedstaaten und der EU selbst ergriffen und für die insgesamt bis November 2022 über 600 Milliarden Euro, davon 264 Milliarden allein in Deutschland, bewilligt wurden. Sie umfassten Preisbremsen und Transfers an betroffene Haushalte und Unternehmen (Sgaravatti et al. 2022). Preisbremsen senken die Inflationsrate und nutzen zwar allen Unternehmen und Haushalten unabhängig von ihrem sonstigen Einkommen, der Nutzen bzw. die Ersparnis ist für Reiche jedoch deutlich höher als für Arme. Jährliche Heizkosten können für Einkommensschwache die Höhe von mehr als zwei Monatsnettoeinkommen erreichen, für Reichere lediglich einen Bruchteil (Frondelet et al. 2023). Leider waren auch viele Direktzahlungen wenig zielgenau (OECD 2022). Hinzu kommt in einigen Mitgliedstaaten eine zusätzliche Armutsrisikogruppe, nämlich die Geflüchteten aus der Ukraine. In Deutschland hat dies bereits den Anteil der Kinder und Jugendlichen erhöht, die auf Sozialhilfe angewiesen sind (Funcke/Menne 2023).

Die Inflation und die hohen Energiepreise treffen alle Menschen, belasten aber arme besonders. So gaben 2015 Haushalte im untersten Einkommensquintil über 7 Prozent ihres Einkommens für häusliche Energie aus. Dieser Anteil sinkt auf etwas über 4 Prozent für das reichste Quintil (Blake/Bulman 2022). Auch steigende Lebensmittelpreise treffen ärmere Haushalte stärker, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für Ernährung ausgeben. Das wird auch im Europäischen Vergleich (siehe Tabelle 7) deutlich, wo die Ausgabenanteile in MOE durchschnittlich bei 20 Prozent liegen, gegenüber 13 Prozent in den reicheren Ländern und 18 Prozent im Süden der EU. Gleichzeitig war der Preisanstieg für Lebensmittel in MOE am höchsten (Destatis 2022).

Noch ungleicher sind die Auswirkungen hoher und steigender Mieten, da die Einnahmen eher reicheren Immobilienbesitzer\*innen zukommen und Menschen, die im eigenen Wohnraum (Haus oder Eigentumswohnung) leben, auch eher zu den reicheren zählen. Inwieweit die diversen staatlichen Unterstützungsprogramme diese Probleme abfedern können, bleibt abzuwarten. Jedenfalls zeigen detailliertere Analysen für Deutschland, dass ärmere Haushalte stärker unter den diversen Preissteigerungen leiden als reichere (Dullien/Tober 2023).

Für 2022 stehen EU-weit noch keine belastbaren Daten aus Haushaltsbefragungen zur Verfügung. Ohnehin sind die von Eurostat benutzten Erhebungsverfahren der Haushaltsbefragungen (EU-SILC) möglicherweise wenig geeignet, um Kaufkrafteinbußen adäquat abzubilden (Wagner 2022). Aber aus den bisher vorliegenden Daten (s.o.) lässt sich schließen, dass die (realen) Einkommensunterschiede innerhalb von Ländern zugenommen haben. Dafür spricht auch, dass die Lohnquote in Europa in allen Ländern zwischen 2020 und 2022 um durchschnittlich zwei Prozentpunkte von 56,8 auf 54,8 Prozent gesunken ist.<sup>12</sup> Die Reallöhne sind gesunken, während Unternehmensgewinne vielfach stark anstiegen.

## 2.3 INFLATIONÄRES PERIPHERIE-WACHSTUM SENKT EU-WEITE UNGLEICHHEIT

Wie sich das in der Summe auf die EU-weite Ungleichheit auswirkt, ist schwer abzuschätzen, aber wahrscheinlich geht es nicht ganz so glimpflich aus wie in der Corona-Pandemie. Die Ungleichheit zwischen Ländern ist eher weiter gesunken, wie man an den höheren Wachstumsraten des BIP und BNE (außer unter Berücksichtigung der *Terms of Trade*) für MOE und – anders als während der Pandemie – auch für die Südperipherie sieht (Tabelle 6). Das relativ gute Abschneiden der Südperipherie als Europäische Mittelklasse beeinflusst die EU-weite Ungleichheit nicht viel mehr als ihr bisheriges schlechtes Abschneiden. Aber die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie wirkt sich im Süden anscheinend stärker aus als die Schocks der Energiekrise.

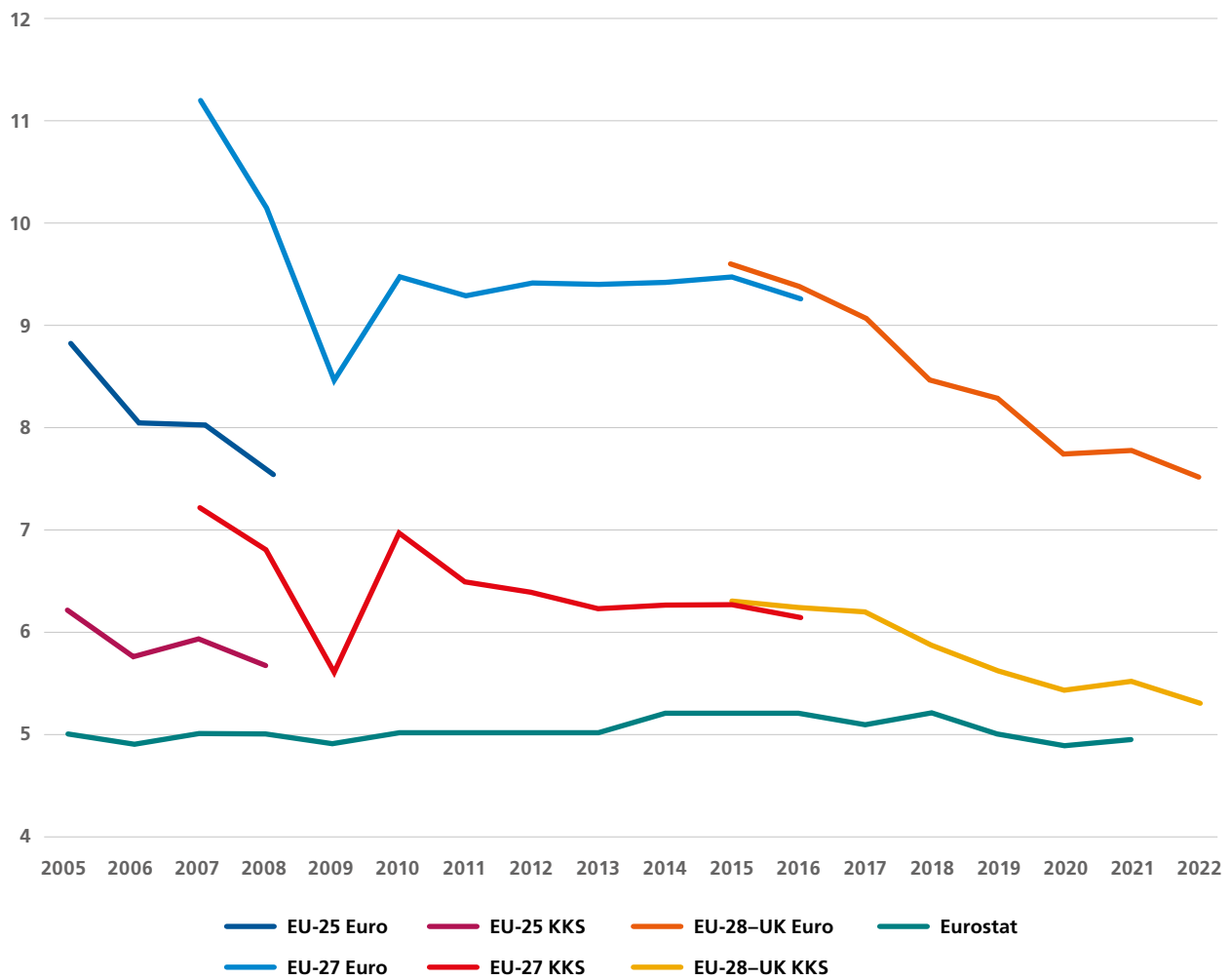
Für die innerstaatliche Ungleichheit fehlen leider die Daten. Zwar dürfte innerhalb der Länder die Ungleichheit steigen, wenn die oben (Abschnitt 2.2) diskutierten und anekdotisch belegten Trends sich im Herbst bei den dann vorliegenden EU-SILC-Daten halbwegs widerspiegeln. Aber für die hier präsentierte Abschätzung (Abbildung 3) wurde die innerstaatliche Verteilung von 2021 fortgeschrieben (also konstante innerstaatliche Ungleichheit angenommen) und lediglich für alle Quintile eine Veränderung gegenüber 2021 wie für das gesamtwirtschaftliche verfügbare Einkommen unterstellt, wobei diese Rate von Ameco übernommen wurde. Eine nach Einkommenshöhe differenzierte Änderung der Quintileinkommen, die z. B. die stärkere Betroffenheit der armen Quintile berücksichtigt, wäre ohne einschlägige Datenbasis sehr willkürlich.

Daher sind die in Abbildung 3 sichtbaren Werte für die S80/S20-Quote wahrscheinlich geschönt (EU-SILC wird im Herbst 2023 Genauerer zeigen). Sie weisen einen weiteren, sogar beschleunigten Rückgang der EU-weiten Ungleichheit zwischen 2021 und 2022 aus. Die Werte zu Wechselkursen sinken von 7,77 auf 7,52, die zu KKS von 5,49 auf 5,31. Für die unterste Kurve (Eurostat) gibt es naturgemäß noch keinen Wert, da Eurostat ihn erst im Herbst 2023 auf der Basis der EU-SILC-Ergebnisse als Durchschnitt der nationalen Quoten berechnen wird.

Wie schon im Fall der Corona-Pandemie kann man auch die Entwicklung der Armutsrisikoquote abschätzen. Auch sie ist mit den gleichen Problemen behaftet wie die Schätzung der S80/S20-Quote, da sie ebenfalls unter der Annahme konstanter innerstaatlicher Verteilung berechnet wurde. Zu Wechselkursen ergab sich ein Wert, der mit 22 Prozent niedriger liegt als 2021 (24 %); zu KKS berechnet liegt der Wert mit 18,4 Prozent ebenfalls unter dem Wert von 2021 (19,4 %). Damit bestätigt die Armutsquote den Trend bei der Ungleichheit.

<sup>12</sup> Die Zahlen stammen auch aus der Ameco-Datenbank.

Abbildung 3  
**EU-weite Ungleichheit** (S80/S20-Quote, 2005–2022)



Quelle: Eurostat, Ameco und eigene Berechnungen des Autors

# 3

## RÜCKBLICK UND AUSBLICK

In der Corona-Pandemie hat sich die Einkommensverteilung in Europa nur wenig verändert. Die innerstaatliche Ungleichheit wurde durch umfangreiche Transfers und die sektoralen (nicht schichtspezifischen) Schocks vor einer Verschlechterung bewahrt. Im Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten schnitt die südliche Peripherie schlecht ab. Die EU-weite Ungleichheit stagnierte, was einen seit 2015 zu beobachtenden Rückgang erst einmal beendete.

Die neue Krise im Zuge des Ukrainekriegs hat die Wirtschaft 2022 anders als die Pandemie vor allem durch hohe Inflation, *Terms of Trade*-Verluste und steigende Leistungsbilanzdefizite (bzw. sinkende Überschüsse) und weniger durch massive Wachstumseinbrüche getroffen. Damit ist die reale Einkommensverteilung vor allem durch Kaufkraftveränderungen getrieben, die sich für die unterschiedlichen Einkommensgruppen noch nicht klar abschätzen lassen. Die ärmere Peripherie weist hier deutlich höhere Preissteigerungsraten auf, die aber bei konstanten Wechselkursen (vor allem innerhalb der Eurozone) die Einkommen dort nominal besser aussehen lassen. Für die EU-weite Ungleichheit impliziert das einen (scheinbar) erfreulichen Rückgang. Angesichts der Vernachlässigung der wahrscheinlich gestiegenen innerstaatlichen Ungleichheit (siehe Abschnitt 2.2) dürfte dieses Bild jedoch zu optimistisch sein und im Herbst 2023 von der dann besser erfassten Wirklichkeit korrigiert werden.

## REFERENZEN

**Archiburghi, D.** (2023): »Will NextGenerationEU assist Europe's cohesion?«, in: *Social Europe*; <https://www.socialeurope.eu/will-nextgeneration-eu-assist-europes-cohesion>.

**Atkinson, A. B. et al.** (2010): »Income poverty and income inequality«, in: A. B. Atkinson / E. Marlier (Hrsg.): *Income and living conditions in Europe*, Eurostat, Publications Office of the EU, Luxembourg, S. 101–131.

**Blake, H. / Bulman, T.** (2022): *Surging energy prices are hitting everyone, but which households are more exposed?*, OECD Economics Department; <https://oecdscope.blog/2022/05/10/surging-energy-prices-are-hitting-everyone-but-which-households-are-more-exposed/?print=pdf>.

**Chancel, L. (Hauptautor) / Piketty, T. / Saez, E. / Zucman, G.** (2022): *World Inequality Report 2022*; <https://wir2022.wid.world/>.

**Dauderstädt, M.**

- (2020): »Einkommensungleichheit in der EU«, in: *Wirtschaftsdienst* 100. Jg., Heft 8, S. 628–632; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2020/heft/8/beitrag/einkommensungleichheit-in-der-eu.html>.
- (2021a): »Wirtschaftsprogramme gegen die Pandemiekrise – Deutschland im internationalen Vergleich«, in: *Wirtschaftsdienst* 5/2021, S. 362–368; <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/5/beitrag/wirtschaftsprogramme-gegen-die-pandemiekrise-deutschland-im-internationalen-vergleich.html>.
- (2021b): *Covid 19 and Europe-wide Income Disparities: The Pandemic Stopped the Previous Decline of Inequality*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin <https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/17460.pdf>.
- (2021c): »Cohesive Growth in Europe: A Tale of Two Peripheries«, in: *Intereconomics. Review of European Economic Policy*, Vol. 56, Nr. 2, S. 120–126; <https://www.intereconomics.eu/contents/year/2021/number/2/article/cohesive-growth-in-europe-a-tale-of-two-peripheries.html>.
- (2022): »We are not (at) all in the same boat. Covid-19 winners and losers«, in: Vanhercke, B. / Spasova, S. (Hrsg.) (2022): *Social policy in the European Union: state of play 2021. Re-emerging social ambitions as the EU recovers from the pandemic*, Brüssel, (ETUI), [https://www.etui.org/sites/default/files/2022-01/22%20Social%20policy%20in%20the%20European%20Union.%20State%20of%20play%202021.%20Social%20ambitions%20EU%20pandemic\\_2022\\_0.pdf](https://www.etui.org/sites/default/files/2022-01/22%20Social%20policy%20in%20the%20European%20Union.%20State%20of%20play%202021.%20Social%20ambitions%20EU%20pandemic_2022_0.pdf).

**Darvas, Z.** (2016): *Some are more equal than others: new estimates of global and regional inequality*, Institute of Economics, Centre for Economic and Regional Studies, Hungarian Academy of Sciences, Discussion Papers; <http://econ.core.hu/file/download/mtdp/MTDP1635.pdf>.

**Destatis** (2022): »EU-Vergleich: Preisanstieg bei Nahrungsmitteln trifft Haushalte in Osteuropa am stärksten«, Pressemitteilung, Nr. N 032, 25.5.2022; [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22\\_N032\\_61.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22_N032_61.html).

**Dullien, S. / Tober, S.** (2023): *IMK Inflationsmonitor. Deutliche Inflationsunterschiede zwischen Arm und Reich im Jahr 2022*, IMK Policy Brief, Nr. 144; [https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-008517](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008517).

**Ferreira, F. H. G.** (2021): »Inequality in the time of COVID-19. All metrics are not equal when it comes to assessing the pandemic's unequal effect«, in: *Finance and Development* Juni 2021; <https://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2021/06/pdf/inequality-and-covid-19-ferreira.pdf>.

**Funcke, A. / Menne, S.** (2023): *Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Factsheet*, hrsg. v. Bertelsmann-Stiftung; <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinder-und-jugendarmut-in-deutschland>.

**Fronde, M. et al.** (2023): »So teuer könnte das Heizen mit Erdgas in Deutschland noch werden: Einblicke aus dem Ariadne Wärme- und Wohnen-Panel«, in: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 73(4) (im Erscheinen).

**Kakoulaki, G. et al.** (2021): »Green hydrogen in Europe – A regional assessment: Substituting existing production with electrolysis powered by renewables«, in: *Energy Conversion and Management*, Vol. 228, 15.1.2021; <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0196890420311766?via%3Dihub>

**Milanovic, B.** (2005): *Worlds Apart. Measuring international and global inequality*, Princeton, Princeton University Press.

**OECD** (2022): »Why governments should target support amidst high energy prices«, in: *OECD Policy Responses*; <https://www.oecd.org/ukraine-hub/policy-responses/why-governments-should-target-support-amidst-high-energy-prices-40f44f78/>.

**Oxfam** (2022): *Inequality kills. The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of COVID-19*, Oxfam Report; <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621341/bp-inequality-kills-170122-en.pdf>.

**Rainone, S. / Pochet, P.** (2022): The EU recovery strategy. A blueprint for a more Social Europe or a house of cards?, Working Paper 2022.18, Brüssel (ETUI); <https://www.etui.org/sites/default/files/2022-11/The%20EU%20recovery%20strategy-a%20blueprint%20for%20a%20more%20Social%20Europe%20or%20a%20house%20of%20cards-2022.pdf>.

**Sgaravatti, G. / Tagliapietra, S. / Zachmann, G.** (2022): »National policies to shield consumers from rising energy prices«, in: *Bruegel Datasets*; <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>.

**Wagner, N.** (2022): »Armutsgefährdung neu gerechnet – was ein Blick auf die Referenzbudgets zeigt«, in: *A&W blog*, 20.12.2022; <https://awblog.at/armut-was-ein-blick-auf-die-referenzbudgets-zeigt/>.

## **IMPRESSUM**

© 2023

### **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeber: Referat Globale und Europäische Politik  
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin, Deutschland  
[www.fes.de/referat-globale-und-europaeische-politik](http://www.fes.de/referat-globale-und-europaeische-politik)

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:

Dr. Marc Meinardus, Europäische Gewerkschafts- und Sozialpolitik  
[Marc.Meinardus@fes.de](mailto:Marc.Meinardus@fes.de)

Bestellungen/Kontakt: [Christiane.Heun@fes.de](mailto:Christiane.Heun@fes.de)

**ISBN 978-3-98628-305-6**

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Design/Typesetting: pertext, Berlin

